

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930**

12.2.1930 (No. 37)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expeditio:  
Rast-Friedrich-  
Straße Nr. 14  
Gemeinde:  
Nr. 958  
und 954  
Postamt:  
Rast-Friedrich-  
Straße  
Nr. 9515

Verantwortlich:  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Chefredakteur:  
C. Krenn,  
Rast-Friedrich-

Wiederholungspreis: Monatlich 3,25 RM, einjährig 36 RM. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstags 15 Pf. — Anzeigenpreis: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Quadrat Zentimeter. Diese und Ueberlieferung tarifiertes Material, das als Anzeigenblatt gilt und verwendet werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Rast-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Verbindung mit dem Ministerium des Innern bearbeitet. Bei Abrechnung, Zwangsweiser Verbreitung und Kontroversen fällt der Briefkasten der Redaktion ab. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Abschließung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckgaben und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelcher Vergütung übernommen. — Abschließung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsbasis erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralblatt der Arbeiter für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Volkshochschule, Amliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

### Der Youngplan vor dem Reichstag Redekampf Hugenberg-Curtius — Die Bedingungen des Zentrums

Die große Aussprache über den Youngplan und die damit zusammenhängenden Gesetze wurden am Dienstag, wie schon gemeldet, im Reichstag durch eine Rede des Reichsaussenministers Dr. Curtius eingeleitet. Nachdem ein Antrag der Deutschen Nationalen, die Debatte auf Mittwoch zu vertagen, gegen die Rechte und die Kommunisten abgelehnt wurde, sprachen die Redner der Parteien.

Der sozialdemokratische Abg. Dr. Breitscheid stimmte als Vertreter der stärksten Regierungspartei mit ähnlichen Argumenten wie der Außenminister dem Youngplan zu. Die Vollständigkeit und Endgültigkeit dieses Planes sei zwar zweifelhaft, aber er bringe immerhin eine Besserung.

Die Deutschnationale Volkspartei, die dann an der Reihe war, wurde nicht durch den Abg. Dr. Luqaatz vertreten, der vorher als Redner genannt worden war, sondern zur Überraschung des ganzen Hauses, betrat der Parteiführer Dr. Hugenberg selbst die Rednertribüne, von der Linken mit lautem Hallo empfangen. Als er im Anfang seiner Rede an die Ruhrbesetzung erinnerte, kam es zu Versäuzen. Ein sozialdemokratischer Zwischenruf weckte lärmende Gegenrufe rechts. Der Stach dauerte längere Zeit an mit dem Ergebnis, daß zwei Nationalsozialisten aus dem Saal gewiesen wurden und Ordnungsrufe gegen Abgeordnete der Rechte und der Linken verhängt wurden. Abg. Hugenberg bekämpfte den Youngplan als ein Verschlagungsgefetz. Er meinte, Regierung und Reichstag sollten diesen Plan lieber mit einem ehrlichen Nein als mit einem unehelichen Ja beantworten.

Reichsaussenminister Dr. Curtius nahm sogleich das Wort zur Antwort auf die Angriffe Hugengbergs, dem er zum Vorwurf machte, daß er die im Jahr 1929 gestellten 10 Forderungen noch immer nicht beantwortet und der deutschen Außenpolitik keinen Weg gewiesen habe, der besser gangbar sei, als der des Youngplans.

Die Rede des Zentrumsabgeordneten Dr. Brüning erregte große Aufmerksamkeit durch die Schärfe der Kritik, die dieser Vertreter einer Regierungspartei an dem Ergebnis der Haager Verhandlungen übte. Diese Kritik richtete sich nicht nur gegen einzelne Vertragsbestimmungen, sondern in der Hauptsache gegen die ganze Art der Politik Frankreichs und Englands, die wenig mit dem Sozialgeist, der hier zu tun habe und die deshalb alle Hoffnungen enttäuscht habe, die bei der Annahme des Dawesplanes noch bestanden. Dr. Brüning erklärte, das Zentrum werde im Ausschuss die Vorlagen sehr eingehend prüfen, und es könne ihnen in dritter Lesung nur dann zustimmen, wenn vorher volle Klarheit über die Finanzlage des Reiches und über die finanziellen Konsequenzen des Youngplans geschaffen sei, und daraus die gefehgeberischen Konsequenzen gezogen seien.

Genau Dr. Hugenberg wandte sich der Zentrumsredner mit der gleichen Schärfe, wie vor ihm Dr. Breitscheid und nach ihm der Redner der Deutschen Volkspartei, Abg. von Meinhafen. Der volksparteiliche Redner erklärte ebenso wie der sozialdemokratische Vertreter, daß man in Übereinstimmung mit dem Zentrumsprogramm bei der Beratung der Youngplan-Gesetze auch das Finanzprogramm erörtern und entsprechende Vereinbarungen treffen wolle, ohne jedoch damit die Verfestigung des Youngplans zu gefährden.

Ebenso bestimmt wie der Zentrumsredner, stellte Abg. Dr. Bayernsdörfer von der Bayerischen Volkspartei die Bedingung, daß zunächst bindende Vereinbarungen von unserer künftigen Finanzgebung getroffen werden und dann über den Youngplan entschieden wird.

Der kommunistische Thälmann und der Nationalsozialist Graf zu Reventlow lehnten den Youngplan unter scharfen Angriffen gegen die Regierung ab. Graf zu Reventlow übte dabei Kritik an der Haltung des Reichspräsidenten von Hindenburg. Abg. Wreht erklärte für die Wirtschaftspartei, daß sie grundsätzlich die Verbindungsabgabe billige. Für die Annahme des Youngplans könne sie aber die Verantwortung nicht übernehmen, weil ihre Mahnungen zur Sparsamkeit nicht beachtet worden seien, und die dadurch hervorgerufene schlechte Finanzlage die Erfüllung des Vertrages unmöglich mache.

Nach achtstündiger Sitzungsdauer wurde die Weiterberatung auf Mittwoch, 12 Uhr mittags, vertagt.

Von den Nationalsozialisten ist ein offenbar ironisch gemeinter Antrag eingegangen, der den öffentlichen Anschlag der Rede des Reichsaussenministers auf Staatskosten verlangt.

### Export norwegischer Elektrizität

OSLO, 12. Febr. (Tel.). Wie „Aftenbladet“ erfährt, wird an einem großen Projekt gearbeitet, aus Wasserkraft gemessene Strommengen nach Deutschland zu exportieren. Nach dem genannten Blatt ist geplant, drei große Wasserfälle in Telemarken und Södland zur Kraftgewinnung auszubauen. Der Strom soll durch Schweden über ein Kabel durch die Ostsee nach Sahnitz und von dort nach Lübeck geleitet werden, wo die deutsche Empfangsanlage liegen soll. Auch die Möglichkeit wird erwogen, den Strom über Dänemark zu leiten, und zwar entweder über Seeland, Fünen und Jütland nach Albed oder von Seeland nach Fölsler und mit Kabel durch die Ostsee. Die gesamten Anlagelosten werden ungefähr 500 Millionen Kronen ausmachen.

General Primo de Rivera ist ohne jede Begleitung in Paris eingetroffen, wo er in einem Hotel Wohnung genommen hat.

### Letzte Nachrichten

#### Der neue amerikanische Botschafter beim Reichspräsidenten

#### Ansprachen Sacketts und Hindenburgs

BERLIN, 12. Febr. (Tel.). Der Reichspräsident empfing heute den neuernannten Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika, Frederic W. Sackett, zur Entgegennahme seines Beglaubigungsschreibens. Im Vorhof des Reichspräsidentenpalastes erwies eine Ehrenwache dem Botschafter die militärischen Ehrenbezeugungen. An dem Empfang nahmen außer den Herren der Umgebung des Reichspräsidenten der Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Curtius, sowie Staatssekretär Dr. v. Schubert teil.

Der Botschafter führte in einer Ansprache u. a. aus: Die mir zuteil gewordenen Bezeugungen zielen darauf ab, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten zu vertiefen. Ich werde in jeder Weise, amtlich und persönlich, bestrebt sein, das aufrichtige wechselseitige Vertrauen noch zu stärken. Die Ähnlichkeit der Ziele und Ideale der zwei Reipubliken Deutschland und der Vereinigten Staaten, die bereits ein fruchtbares Feld der Zusammenarbeit auf dem Gebiete der internationalen Verständigung gefunden hat, ist für meine Regierung und das amerikanische Volk eine Quelle großer Genugtuung und wird die treibende Kraft bei meiner Mission sein.

Ich komme zu Eurer Excellenz mit großer Hochachtung für Ihre berechtigte Person, welche die tiefe Vaterlandsliebe verkörpert, die die Grundlage des deutschen Charakters ist. Ich bringe eine tiefe Bewunderung für die großen Leistungen mit, die das deutsche Volk bei den schwierigen Aufgaben, denen es sich gegenüberüber, vollbracht hat. Zugleich bege ich die aufrichtige Überzeugung, daß deutsche Kraft und deutscher Fleiß die Probleme der Gegenwart und der Zukunft lösen werden, und daß sie Deutschlands guten Glauben und künftigen Erfolg befruchten.

Reichspräsident v. Hindenburg erwiderte u. a.: Er begrüße die Anfristung des Botschafters, daß er es als seine vornehmste Aufgabe betrachte, die alten und guten Beziehungen in jeder Weise zu fördern und daran zu arbeiten, daß beide Länder einander immer besser verstehen lernen. Sie stellen sich damit die nämliche Aufgabe, an der Ihr Herr Amtsvorgänger mit so hervorragendem Erfolg gearbeitet und sich dabei in diesem Lande so zahlreiche treuergebene Freunde erworben hat. Das edle Ziel einer wahrhaften Befriedung der Welt kann nirgends eine aufrichtiger Würdigung finden als bei uns. Ihre warme Anerkennung dessen, was deutsche Kraft und deutscher Fleiß unter den schwierigsten Umständen geleistet haben, wird in Deutschland überall sympathisch aufgenommen werden. Gerade solcher Anerkennung gegenüber muß indessen immer wieder daran erinnert werden, eine wie weitgehende Unterstützung das deutsche Volk in den schwersten Zeiten des Wiederaufbaues von den Vereinigten Staaten empfangen hat.

### Die Londoner Flottenkonferenz

#### Nißerfolg in der U-Bootfrage

LONDON, 12. Febr. (Tel.). Der Verlauf der gestrigen Vollziehung der Flottenkonferenz hat keine Überraschung gebracht. Da Frankreich und Japan an ihrem Standpunkt unbedingt festhalten, von der gegenwärtigen Konferenz eine Abschaffung der U-Boote, die sie von England und Amerika befürwortet wird, nicht zu erwarten. Es ist nur mit einem Kompromiß in Gestalt eines Abkommens gegen einen un-menschlichen U-Bootskrieg und vielleicht mit einer gewissen Einschränkung der Zahl und der Größe der U-Boote zu rechnen.

Das Bedauern über dieses für England sehr unbefriedigende Ergebnis kommt in der Presse allgemein zum Ausdruck. „Times“ hofft, daß auf einer künftigen Konferenz der einzige wirksame Schritt möglich werde, der dieser festspieligen und zum Mißbrauch herausfordernden Kriegsschiffklasse gegenüber angebracht sei. — „Daily Herald“ nimmt den französischen Argumenten insofern zu, als sich die Einwände gegen die Unterseeboote genau so gut gegen andere Waffenarten anführen lassen. Das einzige wirksame Mittel sei eine energische Verminderung aller Kampfmittel.

Dem „Daily Telegraph“ zufolge wird angenommen, daß die französischen Forderungen eine Gesamttonnage von 724 000 Tonnen nicht überschreiten. Bei einer britischen Gesamttonnage von 1 200 000 Tonne würde sich in diesem Falle die Stärke der französischen zur britischen Flotte wie 6 : 10 verhalten.

### Protestkundgebung in Paris gegen die SPD.

PARIS, 12. Febr. (Tel.). Die „Liberte“ hatte für Dienstag abend eine große Protestkundgebung gegen das Vorgehen der SPD in Frankreich organisiert. Als Redner waren u. a. gemeldet der rechtsstehende Abgeordnete Dumas, der in der Kammer bereits eine Interpellation über den Fall Rattipow eingebracht hat und ein ehemaliger französischer Hauptmann, der 27 Monate in russischen Gefangnissen verbracht haben soll. Im Anschluß an diese Kundgebung, hat ein Trupp von Studenten versucht, von der Seine aus nach der Sowjetbolschewistik vorzugehen, wo sie von einem starken Aufgebot an Polizei und republikanischer Garde zerstreut wurden. 12 Verhaftungen wurden vorgenommen.

### \* Reichstag, Haager Abkommen und Finanzsanierung

Die gestrige Reichstagsdebatte über den Youngplan und den Haager Abkommen hat, wenn man von der Tatsache absehen will, daß Herr Hugenberg zum ersten Male seit dem Jahre 1922 im Parlament das Wort ergriff, weiter keine sensationellen Augenblicke gebracht. Der Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Curtius, hat in der ihm eigenen ruhigen und sachlichen Art die Notwendigkeit des Youngplans und des Haager Abkommens begründet. Seine Ausführungen gipfelten in der Feststellung, daß das Sanktionsystem von Versailles beseitigt und Deutschland künftig in allen praktisch überhaupt denkbaren Fällen gegen Willkür und Gewalt geschützt ist, daß der Youngplan gegenüber dem Dawesplan einen ganz beträchtlichen Fortschritt in finanzieller Beziehung bedeutet, und daß die vorzeitige Räumung der dritten Zone nunmehr gesichert ist.

Der Sprecher der Deutschen Nationalen, Herr Hugenberg, hat an dem Youngplan und dem Haager Abkommen Kritik geübt. Leider hat er dabei ganz und gar unterlassen zu sagen, wie man denn nun seiner Meinung nach hätte vorgehen sollen.

Soweit sich eine Kritik an dem Youngplan auf die Annuitäten und ihre Höhe bezieht, wird sie eigentlich von allen Parteien unseres Volkes gebilligt. Wir alle sind uns klar darüber, daß die Reparationsannuitäten auch nach dem Youngplan noch viel zu hoch sind. Aber wir wissen ja, daß dieser Plan revidiert werden kann, und wir glauben, daß er recht bald revidiert werden wird. Man muß sich stets vor Augen halten, welche Forderungen seinerzeit die Gläubigermächte erhoben haben, wie sie von 132 Milliarden träumten, und wie jetzt der Gegenwartswert unserer Reparationszahlungen auf etwa 34 Milliarden beziffert wird. Das ist eine Verminderung, die in die Augen springt. Und auch dann, wenn man jene 132 Milliarden als die Ausgeburt einer franten Phantasie bezeichnet, darf man doch nicht vergessen, daß sich die Gläubigermächte faktisch mit einer solchen pathologischen Phantastik ernsthaft abgegeben haben. Nun sind natürlich auch diese 34 Milliarden Reparationsanzahlungen viel zu viel. Und jeder verständige Finanzpolitiker der Welt, der nur einen Einblick in unsere wirtschaftlichen Verhältnisse hat, wird selbst bei einer hohen Einschätzung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit unseres Volkes es für ausgeschlossen halten, daß Deutschland ohne gefährliche Schädigung seiner Substanz diese Summen auf die Dauer bezahlen kann.

Also in diesem Punkte besteht vollkommene Übereinstimmung. Und es ist nun die Sache einer vernünftigen Wirtschaftspolitik und einer geschickten Außenpolitik, nach und nach auch die Gläubigermächte von der Notwendigkeit einer weiteren Verringerung der Reparationszahlungen zu überzeugen. Inzwischen hat ja das Beispiel Osterreichs gezeigt, daß man auch Schulden gänzlich streichen kann. Daß dieser Tag einer völligen Schuldenannullierung in Bälde auch einmal für Deutschland heraufdämmern möge, das ist unser innigster Wunsch. Zunächst liegen wir natürlich mit unseren Verpflichtungen fest. Wir werden alles tun, um den Youngplan loyal zu erfüllen. Aber der beste Wille muß gelegentlich an einer Unmöglichkeit zerbrechen.

Was das Polenabkommen betrifft, so findet es eigentlich bei keiner Partei warme Befürworter. Auch das Zentrum ist zunächst dagegen und verlangt über Einzelheiten nähere Anfrüschüsse. Es will davon keine endgültige Stellung abhängig machen.

Inzwischen haben auch gestern neue Besprechungen des Reichsfinanzministers mit den Parteiführern und Finanzfachverständigen der Regierungsparteien stattgefunden. Grundsätzlich ist ja bereits der Wunsch des Zentrums, Youngplan, Entlastung und Finanzgleichgewicht zusammen zu erledigen, anerkannt. Und mit Recht wendet sich deshalb auch das Hauptinteresse diesen finanzpolitischen Besprechungen zu. Der Reichsfinanzminister ist der festen Ansicht, daß in diesem Jahre nicht nur die Finanzen des Reiches, sondern auch die der Länder und Gemeinden saniert werden müssen. Eine solche Sanierung ist die Voraussetzung für die Entlastung der Wirtschaft. Der Etat 1930 soll nunmehr mit möglichster Beschleunigung im Reichskabinet verabschiedet werden.





